

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“ Bezugspreis für beide Ausgaben 10 Pf. pro Woche, 3,25 Pf. pro Monat (beides monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 Pf. einschließlich 60 Pf. Postwertzeichen und 72 Pf. Postbefreiungsgeldern.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile 30 Pf. Restzeile 2.- Pf. Ermäßigungen nach Tarif. Verlagsfoto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 536. - Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor. Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Grenzsprecher: Dönhof (A 7) 292-297.

KPD.-Krach in Baden

Der Antrag auf Reichsbanner-Verbot zurückgezogen Fraktionsvorsitzender abgesetzt

Die Angelegenheit der kommunistischen Landtagsfraktion in Baden hat eine unerwartete Wendung genommen. Die Bezirksleitung hat den Vorsitzenden der Fraktion, Lechleiter, seines Amtes enthoben. Die Fraktion hat ihren Antrag auf Auflösung des Reichsbanners zurückziehen müssen. Weitere Maßnahmen, die im Einverständnis mit dem Berliner Zentralkomitee getroffen werden sollen, werden angefündigt.

In der Erklärung der badischen Bezirksleitung der KPD. heißt es:

Die Bezirksleitung der KPD. liquidiert mit revolutionärer Entschlossenheit den von der Landtagsfraktion gemachten Fehler.

„Mit revolutionärer Entschlossenheit?“ — Mit vollen Hoffen, wäre richtiger!

Der Antrag Lechleiter und die Weiterungen, die er nach sich gezogen hat, bleiben für den Zustand, in dem sich die KPD. befindet, kennzeichnend. Nähere Ausführungen, die die Mannheimer „Volksstimme“ zu diesem politischen Skandal macht, lassen erkennen, daß zwischen der kommunistischen und der nationalsozialistischen Fraktion des badischen Landtags eine überaus enge Zusammenarbeit bestanden hat.

55b und 55c.

Es sind nämlich am 14. April, am Tage der Auflösung der SA., zwei Anträge im badischen Landtag eingegangen, die einander ähneln wie ein Ei dem andern. Bezeichnenderweise trägt der eine die Nummer 55b, der andere die Nummer 55c. Der erste der beiden Anträge ist von den Nationalsozialisten gestellt und lautet:

Die Regierung wird eruchtet, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß für die Dauer des Verbots der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auch die anderen parteipolitischen Selbstschutzstaffeln wie Reichsbanner, Eiserner Front, Antifa, Wadentwacht, verboten werden.

Der Antrag 55c stammt von den Kommunisten und hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung wird beauftragt, die parteipolitischen Selbstschutzformationen wie Reichsbanner (einschließlich Unterorganisationen), Eiserner Front, Wadentwacht, Stahlhelm, Werwolf usw. im Bereich des Landes Baden sofort zu verbieten, da deren Tätigkeit ausschließlich der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dient und sich dadurch gegen die Interessen der werktätigen Massen richtet.

Beide Anträge — heilige Sparsamkeit! — waren nebeneinander auf dasselbe Papier gedruckt, so daß sich aus der Textvergleichung die vollkommene Seelengemeinschaft von selbst ergab.

Nun bekam es die kommunistische Parteileitung mit der Angst. In allzu plumper Art und Weise war das faschistisch-kommunistische Spiel ins Licht der Öffentlichkeit gestellt. Darum mußte der Antrag zurückgezogen werden, und der Lechleiter, der es zu dumm gemacht hatte, wurde als Sündenbock in die Wüste geschickt.

An der kommunistischen Politik wird dadurch nichts geändert. Der profaschistische Kurs geht weiter!

Man ohrfeigt sich selbst!

Mannheim, 20. April. (Eigenbericht.)

Zu dem kommunistischen Antrag im badischen Landtag, der die Auflösung des Reichsbanners und der Eisernen Front verlangt, ließ die Landtagsfraktion der kommunistischen Partei Baden im Auftrag ihrer Bezirksleitung eine längere Erklärung verlesen, in der es heißt: „Die Bezirksleitung der KPD. befahte sich gestern mit der unzulässigen selbständigen Handlungsweise der kommunistischen Landtagsfraktion und veranlaßte, daß der Antrag sofort zurückgezogen wird. Gleichzeitig stellte die Bezirksleitung der KPD. fest, daß der durch die Landtagsfraktion der KPD. eingereichte Antrag einen schweren politischen Fehler darstellt. Die Bezirksleitung der KPD. beschloß, den Vorsitzenden der kommunistischen Landtagsfraktion, den Genossen Lechleiter, seiner Funktion als Vorsitzenden zu entheben. Weitere Maßnahmen will die Bezirksleitung der KPD. in Übereinstimmung mit dem Zentralkomitee der Partei durchzuführen.“

Deutschnationale Korruption

Unterdrückte Strafanzeige des Raiffeisen-Konsortiums

Im Raiffeisen-Prozess hat der Staatsanwalt gegen Kralzew wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung anderthalb Jahre Gefängnis beantragt. Eine sehr geringe Strafe, wenn man bedenkt, daß es sich um Betrügereien in Höhe von etwa 12 Millionen Mark zugunsten der Raiffeisen-Bank handelte. Aber auch der Staatsanwalt mußte zugunsten des Betrügers Kralzew geltend machen die ungeheure Mißwirtschaft, die bei der deutschnationalen Leitung der Raiffeisen-Bank geherrscht hatte. Diese bestand bekanntlich aus dem deutsch-

heute keine Hauptverhandlung zustande gekommen ist? Die Antwort ist:

Die deutschnationalen Direktoren Dietrich und Seelmann hatten seinerzeit absichtlich jede Strafanzeige unterlassen. Sie haben in Gemeinschaft mit den übrigen leitenden Instanzen der Raiffeisen-Bank den Skandal totzumachen gesucht und zu diesem Zweck die Betrüger gefehont!

Den Grund erfährt man aus einer Rede, die der Generaldirektor Dietrich im Jahre 1925 vor dem Ausschussrat gehalten hat. Dort führte Dietrich aus:

„Die Bar mat- und Kattiser-Affäre behielten zur Zeit die Oeffentlichkeit. Wenn man jetzt erfährt, daß es bei der Raiffeisen-Bank einen Kralzew-Skandal gibt, dann wird sich die öffentliche Agitation dieser Sache bemächtigen, man wird uns ungehört verurteilen, mit einem Wort: die Katastrophe ist da!“

Mit anderen Worten: Um sich ihre Bar mat-Hetze nicht zu zerören, haben die im Glashaus sitzenden deutschnationalen Parlamentarier den Betrüger Kralzew und den ungetreuen Leiter der Kreditabteilung Lange mit der Strafverfolgung verschont! Nur diese beiden? Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch der Generaldirektor Dietrich persönlich mit in die Strafverfolgung hineingekommen wäre. Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags, der auf Betreiben der Sozialdemokratie eingesetzt wurde und erst in die ganze Sache Licht brachte, hat nämlich festgestellt, daß Herr Dietrich verlustreiche Spekulationsgeschäfte auf eigenen Namen, aber auf Kosten und Risiko der Raiffeisen-Bank durchgeführt hat. Ferner hat Dietrich für Bekannte Bürgschaften übernommen, von denen keine Mitdirektoren nichts wußten, und diese Bürgschaften haben die Raiffeisen-Bank Millionen gekostet! Kurz nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses hat sich Dietrich im Necksee bei Prenzlau ertränkt.

Es ist und bleibt ein lehrreiches Kapitel, wie die deutschnationalen „Korruptionsbetämpfer“ jahrelang verhindert haben, daß ein Strafverfahren in ihre Mißwirtschaft bei der Raiffeisen-Bank hineinklingelte konnte.

Fragen an Hugenberg.

Er wird sich weigern, darauf zu antworten.

Stettin, 20. April. (Eigenbericht.)

In den überfüllten Stettiner Messehallen bereiteten 10 000 Republikaner Ministerpräsident Otto Braun am Dienstagabend einen begeistertsten Empfang. Otto Braun rechnete sowohl mit den Deutschnationalen als auch mit den Nationalsozialisten ab. Er schilberte nochmals den Raiffeisen-Skandal, den Skandal der Dewa-Heim usw. und kam dann auf die pommerischen Verhältnisse zu sprechen. Der Ministerpräsident richtete an die Deutschnationalen, besonders an Hugenberg die Frage,

ob das heutige System auch schuld daran sei, daß beispielsweise die pommerische Hauptgenossenschaft, deren Direktoren das Doppelte der Ministergehälter beziehen, jahrelang Einbuße erleidet, ob das „System“ ferner Schuld daran habe, daß die Molkereigenossenschaft in Gollnow den notleidenden Bauern den Preis für die Milch gewaltig herabdrückte und die dadurch ersparten Gelder in die Kassen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und des Landbundes fließen lasse.

Ob es ferner „Korruption des Systems“ sei, daß die pommerische Spiritusverwertungsgenossenschaft den Preis für den Liter Spiritus um 10 Pfennig erhöht hat und diese Beträge gleichfalls als Parteibeitrag an die Kassen der Deutschnationalen abführt. Otto Braun wandte sich ferner besonders an den Agrarier von Rohr, der heute noch nicht wisse, ob er sich zu Hitler schlagen oder bei Hugenberg bleiben solle.

Der Richter und Hindenburg. Die öffentliche Erklärung des Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M., Dr. Heldmann, die sich gegen Hindenburg richten soll, hat das preussische Justizministerium veranlaßt, den Präsidenten Hempen dieses Oberlandesgerichts als den Vorgesetzten Dr. Heldmanns zu einem Bericht über die Angelegenheit aufzufordern.

Freitag Lustgarten

nationalen Reichstagsvizepräsidenten Justizrat Dietrich-Prenzlau und dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten Seelmann-Eggebert. Der Staatsanwalt führte aus:

Die Leitung der Bank hat in unverantwortlicher Weise gearbeitet und ihre Sachungspflichten schwer verletzt. Weiter sei der Raiffeisen-Bank zum Vorwurf zu machen, daß sie die Kreditgeschäfte völlig dem Rechtsanwalt Dr. Lange überließ, der sich bestechlich zeigte und von Kralzew große Summen für die Hergabe der Kredite erhielt. Die Kapitalien der landwirtschaftlichen Kreise seien durch die Unfähigkeit der Bankleitung verpeudet worden.

Das ist an sich nichts Neues. Staunenswert bleibt immer nur eins: Die Betrügereien Kralzews stammen aus dem Jahre 1924. Wie kommt es, daß sie erst 1932 zur Aburteilung gelangen, daß gar gegen den ungetreuen Produzenten Lange noch

Der Nazi-Kandidat



„In der Schule hat er nichts abtaugt, aus der Lehre ist er ausgerissen, das Eisenerne Kreuz hat er sich selbst verliehen, jetzt kandidiert er zum Landtag — ein Mann eigener Kraft!“

Alles streng legal!

Waffenfunde bei schlesischen Nazis.

Bei dem Nationalsozialisten Maschinenbautechniker Georg Chrzaszcz in Oberglogau O.-Schl. wurden bei einer Durchsuchung folgende Sachen gefunden:

- 1 Armeepistole 08 mit 2 Magazinen.
- 10 Stück Stielhandgranaten,
- 1 Sprengkapsel,
- 39 Magazine für Mauserpistolen,
- 5 Maschinengewehrläufe mit Futterol.
- 1 Scherenfernrohr,
- 7 Stück Leuchtpatronen,
- 2 Gewehrschlösser, Modell 98,
- 7 Ladevorrichtungen für Karabiner,
- 1 Kartenboden, 3 Zubringer, 2 Schlagbolzen,
- 1 Schloßchen, 1 Bistrierfeder, 1 Schloßhalter,
- 629 Schuß Munition für 08-Bistole,
- 6000 Schuß Munition für Militärgewehre (Mod. 98),
- 2 Stück Munitionsfüllgurte für MG.

Die Waffen waren teils unter der Dichtung, teils in einer Koffer versteckt.

Auch im Kreise Leobschütz und Cosel sind eine Anzahl Waffen bei Nationalsozialisten gefunden worden.

Große Stimmverluste der Kommunazi.

Ein Reinfall bei der Bürgermeisterwahl.

Das kleine Arbeiterstädtchen Fellbach vor den Toren Stuttgarts hatte am 16. April Bürgermeisterwahl, die ebenso den Nationalsozialisten wie den Kommunisten eine fürchterliche Niederlage brachte.

Der neue Bürgermeister, Regierungsrat Grafer, wurde mit 4586 Stimmen gewählt. Der nationalsozialistische Kandidat brachte es nur auf 1220 Stimmen und der Kommunist, Franz Bellemann, blamierte sich mit seinen 128 Stimmen.

Bezeichnend ist, daß die Nazis beim ersten Gang zur Reichspräsidentenwahl in Fellbach 2348 Stimmen zählten und die Kommunisten 994 Stimmen. Obgleich die Kommunisten und Nationalsozialisten in trauriger Gemeinschaft alles mögliche versuchten, um den „marxistischen“ Kandidaten zu Fall zu bringen, haben sie nicht einmal ihre Stimmen vom 13. März halten können!

Du sollst nicht falsch Zeugnis geben!

Klagges und das achte Gebot!

Braunschweig, 20. April. (Eigenbericht.)

Auf Anordnung des nationalsozialistischen Ministers Klagges wurde im Dezember 1931 der Polizeiwachmeister Eine aus der Schutzpolizei entlassen, weil er angeblich als Polizeischüler einmal die Keuherung hat fallen lassen, wenn er sich erst beim Ueberfallkommando in Braunschweig befindet, dann wolle er seine Wut an den verfluchten Braunhemden bei jeder Gelegenheit auslassen. Eine bestritt u. a. auch in einer eidesstattlichen Versicherung, diese Keuherung auch nicht dem Sinne nach getan zu haben. Trotzdem blieb sein Einpruch gegen die Kündigung erfolglos. Die Polizei weigerte sich selbst, ihm mitzuteilen, wer eigentlich die Beschuldigung gegen ihn ausgesprochen hätte.

Eine bewarb sich dann vor einiger Zeit als Polizeiwachmeister nach Hamburg. Auf sein Gesuch erhielt er den Bescheid, daß seine Einstellung nicht erfolgen könne, da der Kommandeur der braunschweigischen Polizei mitgeteilt habe, er wäre aus der Schutzpolizei entlassen, weil er starke Bindungen zur kommunistischen Partei habe. Ein Ersuchen der hamburgischen Polizei, ihr die Personalakten von Eine auszuhandigen, wurde von der braunschweigischen Regierung abgelehnt. Eine hat gegen die braunschweigische Regierung geklagt und den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen den Staat und gegen den Polizeikommandeur beantragt, durch die festgestellt werden sollte, daß es sowohl dem Staat, als auch dem Polizeikommandeur verloten sei, zu behaupten, Eine habe Bindungen zur KPD. und sei deshalb aus der braunschweigischen Schutzpolizei entlassen worden. Jetzt hat vor dem Landgericht Braunschweig ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt, aber nicht stattgefunden, weil die braunschweigische Regierung vorher folgende Erklärung abgab:

„Der Antragsgegner hat die beanstandete Mitteilung an den Chef der Ordnungspolizei Hamburg gelangen lassen, weil ihm bekannt war, daß der Antragsteller seiner Gesinnung nach dem radikalen Marxismus zuneigt. Auf Grund der jetzt abgegebenen eidesstattlichen Versicherungen haben wir uns davon überzeugt, daß diese Mitteilung, soweit darin behauptet wird, der Antragssteller habe starke Bindungen zur KPD., unzutreffend ist. Eine ist auch nicht aus diesem Grunde entlassen. Die Behauptung wird gegenüber dem Chef der Ordnungspolizei Hamburg richtiggestellt und im übrigen nicht wiederholt werden. Die Kosten werden vom braunschweigischen Staat übernommen.“

Der braunschweigische Minister des Innern.
gez. Unterschriften.
gez. Unterschrift, Polizei-Oberstleutnant.

Diese Erklärung der braunschweigischen Regierung zeigt, daß das Ministerium im Falle Eine der Deffektivität und anderen Behörden gegenüber mit unwarren und unbeweisbaren Behauptungen operiert hat. Die Erklärung beweist aber auch, daß die Darlegungen und Behauptungen der heutigen braunschweigischen Regierung nicht immer unter allen Umständen zu klammern pflegen.

Dingeldey schlägt alles entzwei!

Zerfall der volksparteilichen Studentengruppen.

Aus Akademikertreffen wird uns geschrieben:

In der Leitung der volksparteilichen Hochschulbewegung, den „Studentengruppen der DVP“, ist dieser Tage ein Wechsel eingetreten, der ein bezeichnendes Licht auf die inneren Zustände in der Dingeldey-Partei wirft. Die Hochschulgruppen der Volkspartei standen stets auf dem linken Flügel der DVP, und haben bereits vor mehreren Jahren ihre Beziehungen zur „Deutschen Studentenschaft“, die damals noch unter Führung der deutschnationalen Korporationen stand, gelöst. Jetzt hat der Parteiführer Dingeldey an die Hochschulgruppen das Verlangen gestellt, sich in Zukunft aktiv für den augenblicklichen politischen Kurs der Partei einzusetzen und keine abweichende Meinung zu äußern.

Auf dieses Verlangen haben sieben von den zwölf Vorstandsmitgliedern, darunter der 1. Vorsitzende Dr. Kruppi und Referendar Stresemann, der Sohn des verstorbenen Ministers, Herrn Dingeldey ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Der Parteivorstand der DVP, hat den Rücktritt der

Bürgerkrieg im Dunkeln

Felsenk-Helden vor Gericht

Vor dem Landgericht III begann heute morgen der Prozeß gegen die Felsenk-Helden, 6 Nationalsozialisten und 18 Kommunisten. Die beiden Gruppen feindlicher Brüder sitzen einander gegenüber. Die einen wie die anderen werden beschuldigt des schweren Landfriedensbruchs und des gemeinschaftlichen Totschlags. Die Nationalsozialisten haben den Felsenk-Kolonisten, den Arbeiter Klemke, auf dem Gewissen, die Kommunisten haben in der Person des 48jährigen Malers Schwarz ein Todesopfer. Die Hauptschuld trifft die Nationalsozialisten. Sie waren es, die zu nächstlicher Zeit unnötigerweise den Umweg über den Pflanzerverein Felsenk G. B. gemacht haben; sie haben die friedlich schlafende Kolonie aus der nächtlichen Ruhe aufgestört, und von nationalsozialistischer Mörderhand fiel als erster der Felsenk-Kolonist Klemke. Den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Bode. Ankläger ist Staatsanwaltschaftsrat Dr. Steenig. Es sind 260 Zeugen geladen.

Das Dunkel um die „Schlacht im Dunkeln“ am Rande der Felsenk-Kolonie am 18. Januar d. J. konnte nur ganz allmählich gelüftet werden. Die blutigen Vorgänge stellen sich ungefähr wie folgt dar.

Die Nationalsozialisten und Kommunisten in den angrenzenden Bezirken standen schon seit langem auf dem Kriegsfuß. Am 15. Januar fand zwischen beiden Parteien anfänglich einer Flugblattverbreitung der Nationalsozialisten ein Zusammenstoß statt, ein Nationalsozialist erhielt einen Messerstich. Drei Tage später, am 18. Januar, hatte der Kampfband gegen den Faschismus, Ortsgruppe Alt-Glienide, eine Mitgliederversammlung in Waldesruh. Ein unbekannter teilte dem Leiter der Versammlung mit, daß

ein nationalsozialistischer Ueberfall geplant

sei. Auf bisher ungeklärte Weise erhält die Ortsgruppe des Kampfbundes gegen Faschismus im Wedding und in Reinickendorf-Ost Kenntnis von dem angeblich geplanten Ueberfall. Etwa 20 bis 30 Mitglieder der Ortsgruppen machen sich auf den Weg nach Waldesruh.

Am selben Abend hatte im Lokal Bergschloß in Waldmannslust der Sturmbann 3 der Standarte 4 der Nationalsozialisten seinen Sturmbann mit etwa 200 Mann unter Leitung des Sturmbannführers Werner Schulze. Im Laufe des Abends erhält Schulze die Nachricht, daß die Kommunisten einen Ueberfall beabsichtigen. Die gleiche Mitteilung gelangt durch einen Schupowachmeister an den Vorsitz der Polizeirevier 294, den Polizeihauptmann Kuhl, der von dem Stützpunkt Tegel noch sechs Beamte anforderte, die gegen Schluß der Versammlung eintrafen. Hauptmann Kuhl erklärt dem Sturmbannführer Schulze, die Polizei würde die SA-Leute auf dem Nachhausewege begleiten. Schulze soll einem der SA-Leute in bezug auf die Kommunisten eine nicht mißzudeutende Drohung ausgesprochen haben.

ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder angenommen. Zum Nachfolger Dr. Kruppi ist der frühere Reichsminister Dr. Rodenhauer bestellt worden.

Diese Vorgänge bedeuten das Ende der volksparteilichen Hochschulbewegung. Darüber hinaus dürfte es aber auch zu weiteren Auseinandersetzungen in der DVP. kommen, da die Hochschulgruppen die Träger der „Arbeitsgemeinschaft junger Volksparteiler“ sind. Wenn Herr Dingeldey in den Jugendorganisationen seiner eigenen Partei schon keine Gefolgschaft mehr findet, wird er seinen Parteiladen bald ganz schließen dürfen.

Ostbahn streift.

40 Beamte verhaftet.

Charbin, 20. April.

Das gesamte Personal der ostchinesischen Bahn hat beschlossen, in den Zustand zu treten als Protest gegen die Verhaftung von 40 Beamten infolge des Anschlags gegen einen japanischen Truppentransportzug am 12. April. Der Streik wird die Beförderung der japanischen Truppen hemmen.

Japaner verbieten Streik.

Charbin, 20. April.

Das japanische Oberkommando erklärt, es werde den Streik nicht zulassen, sondern alle Beamten der Ostbahn durch Japaner und russische Weisgardisten ersetzen, da die Bahn ihren Betrieb nicht unterbrechen dürfe. Außerdem würden weitere Maßnahmen für die Bewachung der Gebäude an der chinesischen Ostbahn getroffen werden, da sonst Gewalttaten von Bolschewisten zu befürchten seien. Gegen die Urheber des Generalstreiks würden die schärfsten Maßnahmen angewandt werden.

Einbrecher im Märkischen Museum!

Wertvolle alte Münzensammlung gestohlen.

Im Märkischen Museum am Köllnischen Park wurde gestern abend von einem noch unbekanntem Täter eine Glasvitrine zertrümmert, in der sich etwa 100 Gold- und Silbermünzen aus der Zeit von 1701 bis 1840 befanden. Der Dieb stahl die ganze Münzensammlung und beschloß kurze Zeit darauf die Freiheit, bei der Redaktion einer Berliner Zeitung anzurufen, der er seinen Diebstahl mitteilte. Die Polizei wurde daraufhin von dem Anruf, bei dem es sich, wie man zuerst annahm, offenbar um einen üblen Scherz handelte, in Kenntnis gesetzt. Wie die Beamten der Kriminalpolizei aber sehr schnell feststellten, war tatsächlich in das Museum eingebrochen worden. An der Außenmauer schien noch die Leiter, über die der Dieb zum ersten Stockwerk hinaufgestiegen und durch das Fenster in das Innere des Museums eingedrungen war. Der Eindringling, der seinen Diebstahl selbst angeht, scheint es nur auf die Münzen abgesehen zu haben, denn sonst ist im Museum, wie eine oberflächliche Untersuchung ergab, nichts weiter gestohlen worden.

Berufung im van Gogh-Prozeß.

Der Bildfälschungsprozeß wird nochmals vor der Strafkammer aufgerollt werden. Rechtsanwalt Joan Goldschmidt hat für den Kunsthändler Otto Wacker gegen das Urteil des Schöffengerichts, durch das Wacker wegen der Fälschung von van Gogh-Bildern wegen Betruges und Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, Berufung eingelegt. Die Staatsanwaltschaft hat noch keine Entscheidung getroffen, ob auch ihrerseits Berufung eingelegt werden soll.

Der Zug der Nationalsozialisten, etwa 150 Mann stark, marschiert im losen Zuge ab, nimmt aber, ein sehr beachtenswerter Umstand, nicht den direkten Weg nach Tegel, sondern wählt den Umweg über Bahnhof Reinickendorf-Rosenhof: Man will den Kommunisten zeigen, welche Macht man darstellt. Der Umweg führt vorbei an der Kolonie „Dießlanne“ durch die Kolonie „Felsenk“. Die Polizeibeamten begleiten den Zug zuerst im Auto, und als es keinen Fahrweg mehr gab, zu Fuß. Die Nationalsozialisten blieben in der Kolonie Felsenk nicht unbemerkt. Ihre Radfahrer rempeln Kolonisten an und beschimpfen sie: „Rote Hunde, kommt doch mal ran!“ Dann werden auf eine Laube seine geworfen. Die Kolonisten, die aus früheren Erfahrungen allen Grund haben, einen Naziüberfall zu befürchten, geben das Alarmzeichen. Einer feuert Schreckschüsse in die Luft. Schüsse antworten. Die Nationalsozialisten suchen Deckung. Der Kommunist Klemke, durch den Alarm und die Schüsse aus dem Schlaf gestört, eilt, mit einer Faustklotze bewaffnet, aus seiner Laube und stößt auf Nationalsozialisten. Der Schlag, den er gegen einen der Feinde führt, geht fehl. Man stürzt sich auf ihn. 8 bis 10 Mann schlagen auf ihn ein, werfen ihn zu Boden, bearbeiten ihn mit Füßen und mit stumpfen Gegenständen;

plötzlich reißt ein Nationalsozialist die Genossen zurück, zieht einen Revolver und schießt auf den wehrlos am Boden Liegenden.

Der Schuß ist tödlich. Die Nationalsozialisten stieben auseinander. Eben zu dieser Zeit waren die Kampfbander aus Wedding bei der Kolonie Felsenk angefangen. Sie hören Schüsse, sehen, wie die Gegend durch Scheinwerfer abgeleuchtet wird — die Kolonisten hatten das Ueberfallkommando alarmiert —, bewaffnen sich mit Faustklotzen und stürmen los. Die Nationalsozialisten, die in Deckung stehen, flüchten. Der Maler Schwarz, unterstützt von einem Genossen, kann nicht so schnell laufen, wird eingeholt, niedergeschlagen und erhält einen tödlichen Dolchstoß.

Die „Schlacht“ ist geschlagen: zwei Menschen sind zur Strecke gebracht. Wer den tödlichen Schuß abgegeben, wer den tödlichen Stich geführt hat, konnte nicht festgestellt werden. Die Staatsanwaltschaft sagt aber: alle für einen; sämtliche Angeklagten tragen die Mitverantwortung für den Tod der Opfer.

Nach Vernehmung der Angeklagten zur Person — es befinden sich unter ihnen nicht wenige bereits wegen krimineller Handlungen Vorbestrafte — und Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beantragte die Verteidigung die Zulassung des angeklagten Kommunisten Hohmann, gegen dessen Laube von den Nationalsozialisten Steine geworfen worden waren, als Nebenkläger. Nach einstündiger Beratung entsprach das Gericht diesem Antrag. Als erster Angeklagter wurde darauf der Nationalsozialist Drost gehört.

RFB. wollte auferstehen.

Die Suche bei den Kommunisten.

Die gestrige polizeiliche Durchsuchung verschiedener kommunistischer „Sportbüros“ und Funktionärwohnungen in Berlin und in der Provinz sind zu einem gewissen Abschluß gelangt. Ueber das Ergebnis der Aktion wird vom Berliner Polizeipräsidenten folgendes erklärt:

Die nach längeren Beobachtungen am gestrigen Tage vorgenommenen Hausdurchsuchungen bei Funktionären des antisowjetischen Kampfbundes und des sogenannten Arbeiter-Schützen-Bundes haben ergeben, daß der verbotene „Rote Frontkämpferbund“ illegal fortgeführt wurde. Ueber den Umfang und die Bedeutung des Fortsetzungsversuches kann im Augenblick noch nichts gesagt werden. Festgestellt wurde, daß der Tischler Emil Raffrath, der Maler Wilhelm Mohn und der Reichstagsabgeordnete Paul Hornick maßgebend an dem Versuch beteiligt sind, den „Roten Frontkämpferbund“ illegal fortzuführen. Ob die genannten Organisationen, der antisowjetische Kampfbund und der Arbeiter-Schützen-Bund, mit den Angelegenheiten des verbotenen RFB. zu tun hatten, wird noch geprüft. Raffrath und Mohn werden bereits heute, wie wir erfahren, dem Vernehmungsrichter vorgeführt, von dessen Entscheidung es abhängen wird, ob gegen beide Haftbefehle erlassen werden.

Bergsturz an der Mosel.

10 000 cbm des Cochemer Berges abgestürzt.

Cochem an der Mosel, 20. April.

Am Dienstag gegen 23 Uhr sind etwa 10 000 Kubikmeter des Cochemer Berges mit donnerndem Getöse, das bis weit über Cochem hinaus zu hören war, abgestürzt. Die Schreinerlei Rütgen ist von den Gesteinsmassen weggesegt worden, die Lichtleitungen sind zerrissen, die Straßen meterhoch mit Geröll bedeckt, und der Verkehr auf der Provinzialstraße ist vollständig unterbrochen. Die Schuttmassen sind bis in die Mosel gefallen. Ein großer Teil der Einwohnerschaft von Cochem war trotz der späten Stunden noch auf den Weiden, um die Naturkatastrophe mit anzusehen. Von der Cochemer Seite her versucht man, mit Scheinwerfern das völlig im Dunkeln liegende Gelände zu erhellen. Ob Menschen zu Schaden gekommen sind, ist noch unbekannt. Ueber die Höhe des angerichteten Sachschadens ist noch jeder Ueberblick unmöglich. Die anliegenden Weinberge sind völlig zerstört.

Ungetreuer Verbandsvorsitzender.

Schädigt seine Organisation um 44 000 M.

Leipzig, 20. April.

Der Bücherrevisor Ferdinand Buenger aus Leipzig, der von 1913 bis 1931 Vorsitzender des Verbandes Deutscher Bücherrevisoren war, hat diesen Verband um 44 000 M. geschädigt, die er für sich verwendet. Buenger wurde vom Großen Schöffengericht in Leipzig wegen Untreue in zwei Fällen zu einem Jahr und sieben Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Das Geld hat er sich durch besonders geschickte Buchungsmethoden von Konten des Verbandes auf sein eigenes Konto überwiesen.

Bestialischer Mord. Der italienische Konsularagent John Bico wurde in Springfield (Illinois), als er mit seinem sechs-jährigen Sohn vor seinem Haus stand, von drei Männern durch Schüsse mit Dum-Dum-Kugeln getötet. Das Kind blieb unverletzt. Vor einigen Jahren wurde ein Bombenattentat auf Bicos Haus verübt.

Nazis schlagen Beamten.

Im Sportpalast halbtot geschlagen / Bestialische „Ordner“.

Bei der gestrigen Sportpalastkundgebung der Hakenkreuzer spielte sich ein empörender Vorfall ab. Ein Versammlungsteilnehmer, der sich während der Reden dem inszenierten Beifall nicht angeschlossen, wurde von einer Rote Nazis — offensichtlich ehemaligen SA-Leuten — überfallen und in unmenschlicher Weise zu Boden geschlagen. Der Verletzte schrie verzweifelt um Hilfe, doch niemand wagte es dazwischenzutreten, da ihm sonst dasselbe Schicksal geblüht hätte. Der Unglückliche wurde dann von mehreren SA-Leuten gepackt, buchstäblich zum Ausgang geschleift, wo abermals ein baumlanges SA-Mann auf den Wehrlosen einhieb.

Wie wir erfahren, handelt es sich bei dem Mißhandelten um den etwa 40 Jahre alten Oberzollsekretär Paul Schmidt. Er wurde in die Rettungsstelle Eichhornstraße eingeliefert und dort verbunden. Der Bedauernswerte hat einen schweren Bluterguß am Auge davongetragen, zahlreiche Schrammen am ganzen Körper, die wahrscheinlich von Hiebweisen herrühren dürften, sowie von den Fußtritten der bestialisch auf ihn einschlagenden „SA-Ordner“.

Die Naziverammlung segelte unter der Maske einer „Beamtenkundgebung“. Der brutale und gemeine Überfall auf den Beamten Schmidt dürfte vielen die Augen geöffnet haben.

Buchdruckerschiedspruch abgelehnt.

Für die Hilfsarbeiter der gleiche Spruch gefällt.

Der im Manteltarifstreit der Buchdrucker am 16. April gefällte Schiedspruch des Zentralschiedsrichtungsamtes der Buchdrucker ist von beiden Gehilfenorganisationen abgelehnt worden, und zwar im Einverständnis mit den zuständigen Verbandssprecherstellen. Der Schiedspruch sieht bekanntlich eine ganze Reihe von Verschlechterungen der bisherigen Bestimmungen des Manteltarifvertrages der Buchdrucker vor, wie z. B. die Kürzung der Zuschläge für Schicht- und Sonntagsarbeit, der Beihilfungsbeiträge usw., vor allem als ungeheuerliche Verschlechterung den Abbau des Verkaufslohnes „in Anbetracht der Notzeit“ um 30 Prozent.

Die Ablehnung durch die Gehilfenverbände ist aber nicht nur deshalb erfolgt, weil der Schiedspruch nur die Verschlechterungsanträge der Unternehmer berücksichtigt, sondern auch deshalb, weil das Zentralschiedsrichtungsamt an den Forderungen der Gehilfen auf Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit glatt vorbeigegangen ist. Die Buchdruckerunternehmer hatten sich bis heute mittag noch nicht erklärt; doch ist anzunehmen, daß sie dem Schiedspruch zustimmen werden, der ihnen sehr weit entgegenkommt. Zum Neuabschluß des Lohnvertrages im Buchdruckgewerbe sind die Verhandlungen im Einverständnis beider Parteien auf den 30. April vertagt worden.

Für die graphischen Hilfsarbeiter ist gestern von den gleichen Schlichtern ein Schiedspruch gefällt worden, der den Schiedspruch im Buchdruckereikonflikt auf die graphischen Hilfsarbeiter überträgt. Der Manteltarif der graphischen Hilfsarbeiter in den Buch- und Zeitungsdruckereien, der inhaltlich mit dem Manteltarif der Buchdrucker übereinstimmt, soll genau so abgeändert werden wie der Manteltarifvertrag der Buchdrucker und auch die gleiche Laufzeit haben. Für diesen Schiedspruch läuft die Erklärungsfrist bis zum 22. April.

Die internationale Arbeitskonferenz.

Abschaffung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung.

Die Kommission der Internationalen Arbeitskonferenz, die sich mit der Abschaffung der Stellenvermittlungsbüros gegen Weigerung befaßt, hat neuerdings einen Fragebogen aufgestellt, der an die Regierungen gesandt werden soll und der folgende Fragen enthält:

Soll das Verbot der Büros sich nur auf bestimmte Berufe beschränken oder allgemein gelten, mit genau umgrenzten Einzelausnahmen? Sollen diese Ausnahmen gleich in der Konvention genannt oder von den Regierungen bestimmt werden? Soll sich das Verbot auch auf jene Privatagenturen beziehen, deren Stellenvermittlung internationalen Charakter hat? Sollen im Falle des Nichtverbots dieser Agenturen besondere Kontrollmaßnahmen vorgesehen werden?

Als wichtigste Ausnahmen, die in Frage kommen, stellten sich in der Aussprache die der Landarbeiter und der großen Künstler heraus. Die Arbeitergruppe und der deutsche Regierungsvorsteher konnten nicht durchdringen mit ihrem Antrag, den Fragebogen nur auf das allgemeine Verbot einzustellen und die Frage eventueller Ausnahmen gar nicht aufzuwerfen.

Lebt Kreuger noch?

Pariser Tagesensation.

Paris, 20. April.

In Nachrichten aus Stockholm war die Vermutung ausgesprochen worden, daß Joar Kreuger seinen Selbstmord nur vorgetäuscht habe und nach Sumatra geflüchtet sei. Ein Mitarbeiter des „Paris Soir“ glaubte, diesen Gerüchten nachgehen zu sollen, die um so leichter Glauben fanden, als nur sehr wenige Personen die Leiche Kreugers zu Gesicht bekommen haben, und überdies eine englische Zigarrenfirma von Sumatra aus vor einigen Tagen eine Bestellung auf Zigarren erhielt, wie sie bisher nur für den Zündholzkönig hergestellt worden waren. Der „Soir“-Mann hat sich an verschiedene Persönlichkeiten gewandt, unter anderem an den Polizeikommissar, der über den Selbstmordbefund Bericht zu erstatten hatte und auch der Einföhrung beigewohnt hat. Der Kommissar bestätigte ebenso wie der Vertreter des Hauses, in dem Kreuger wohnte, daß es tatsächlich Kreugers Leiche gewesen ist. Auch der Gerichtsarzt, der zur ersten Untersuchung hinzugezogen wurde, erklärte, daß die Leiche den Photographien Kreugers aufs Haar geglichen habe. Der hiesige schwedische Konsul, der engere Beziehungen zu Kreuger unterhalten und die Leiche mehrmals besichtigt hatte, bezeichnete die oben erwähnten Gerüchte als Ausgeburt der Phantasie. Der Mitarbeiter des „Paris Soir“ schließt mit den Worten: „Wenn der Mann, der aus Sumatra Zigarren bestellte, wirklich Kreuger ist, müßte Kreuger den Teufel im Leibe haben“.

Was ein „tofer Junge“ wert ist. Das berühmte Bild des englischen Malers Lawrence „The red boy“ wurde auf Schloß Lambton versteigert. Das höchste Angebot von 95 000 Pfund wurde jedoch von dem Eigentümer, Lord Durham, zurückgewiesen.

Der Berliner Bewegungsjahr, Mitgl. im KADuB, veranstaltet Donnerstag, 8 Uhr, im Saalbau, Reinhardt, Bergstr. 147, einen Werksabend. Neben Grundkenntnis bringt der Abend weitere Chorbestimmungen und einige Solosätze der Victoria Clara Keller. Eintritt 30 Pf., Erwerbslose und Jugendliche 25 Pf.

Im Russischen Institut für Deutschlandkunde spricht Freitag, 8.30 Uhr, Professor Dr. H. Kronseld, Reichenstr. 28, über: Die deutsche Charakterlehre der Gegenwart. Eintritt frei.

Aufruf zur Maifeier 1932.

Arbeiter, Angestellte, Beamte Berlins!

Niemals in der Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands ist der

1. Mai, der Weltfeiertag der Arbeit

so sehr ein Tag des Kampfes gewesen, wie er es in diesem Jahre sein wird. Die organisierte Arbeiterschaft, die Angestellten und der sich zum Heere der Arbeitnehmerbewegung zählende Teil der Beamten kämpfen in diesen Monaten um ihre Lebenseristenz. Sie haben bis heute durch ihren großen Kampfesmut, ihre politische Geschicklichkeit und ihre tiefe Einsicht in die komplizierte politische Situation den

Faschismus von Deutschlands Gauen ferngehalten.

Aber die Entscheidungsschlacht gegen die Hitler-Banden, den bezahlten Soldknechten des internationalen Großkapitals, ist noch nicht geschlagen. Noch gilt es auf der Hut zu sein und alle Kräfte anzuspannen. Mit der Niederlage Hitlers bei den Reichspräsidentenwahlen und der Auflösung seiner SA-Privatarmee ist die Gefahr noch nicht beseitigt. Die noch vor dem 1. Mai stattfindenden

Landtagswahlen in Preußen.

Bayern und anderen deutschen Ländern müssen zu einer dritten Niederlage des Nationalsozialismus und seines kommunistischen Anhangs gemacht werden. Aber auch dann wird noch keine Zeit des Ausruhens anbrechen. Tag für Tag werden unsere Gewerkschaftsgegnen auf der Wacht sein müssen, bis der Faschismus endgültig niedergedrungen ist.

Hitler-Faschismus bedeutet tiefste Knechtung der Arbeiterschaft.

Hitler-Faschismus bedeutet Aufhebung der Arbeitslosen-, Invaliden-, Unfall- und Krankenfürsorge.

Hitler-Faschismus bedeutet Aufhebung der Tarifverträge und Auslieferung aller Arbeitnehmer an die Willkür der Unternehmer.

Hitler-Faschismus bedeutet Wiederkehr der alten abgehalfterten Mächte, der Hohenzollern-

dynastie und ihres Anhangs machtvoller Industrieller, agrarischer und militärischer Eliten.

Darum ist der 1. Mai 1932 in erster Linie ein Kampf-Mai, ein Tag der Sammlung und Demonstration mit der

Maiparole: Gegen den Faschismus! Für ein freies Deutschland der Demokratie!

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Es gilt aber nicht nur die nationalsozialistische Mordbewegung zu bekämpfen. Es gilt auch der Arbeiterschaft in dem durch die Weltkrise und durch die Unzulänglichkeit der sogenannten Wirtschafts-„Führer“ verarmten Deutschland, den Anstoß an den Gütern der Nation zu sichern, der ihnen zukommt. Es gilt weiter, die Reichsregierung zu zwingen, endlich eine vernünftige aktive Konjunkturpolitik nach außen und innen zu betreiben, damit das Reich aus dem tiefen Elendstadium der Weltkrise wieder herauskommt. Wir fordern daher:

Arbeitsbeschaffung für die arbeitslosen Millionen! Gesehliche Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Wochenstunden!

Abkehr von der Vohrraubpolitik und Steigerung der Löhne zur Stärkung der Kaufkraft!

Das sind die Forderungen der Berliner Arbeiterschaft vom 1. Mai 1932. Wir treten weiter ein:

Für den Völkerrfrieden.

Für die internationale Abrüstung.

Für die wirtschaftliche Verständigung der Nationen.

Heraus zum 1. Mai!

Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte folgt an diesem Tage dem Rufe und den Anweisungen seines Verbandes.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund Ortsausschuß Berlin

Allgemeiner freier Angestellten-Bund Ortskartell Berlin

Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund Bezirksausschuß Berlin

„Schöne Helena“ als Schaustück

Großes Schauspielhaus

Es ist leider kein Zweifel mehr: Max Reinhardt verläßt die Stätten, die seinen Ruhm begründet haben: das Deutsche Theater und die Kammerspiele. In welcher Form er in ihnen weiter Gastregie ausüben wird, scheint noch nicht ganz festzustehen. Die Zeitungen, die sich in halb- und viertelwahren Redungen über Theaterneuigkeiten sonst überpurzeln, sind merkwürdig still geworden. Dafür ist Reinhardt selber in Berlin. Er hat die letzten Proben für die Neuinszenierung der „Schönen Helena“ im Großen Schauspielhaus geleitet und gestern verdienstermaßen die Ehren des Erfolges eingeholmt.

Das große Schauspielhaus, Reinhardts ureigene Gründung, wird auch in Zukunft von ihm weiter allein geleitet werden. Die „Schöne Helena“ zeigt die Bahn an, die der Meister der Regie in Zukunft einschlagen wird. Die neue Fassung der „Helena“ ist im Gegenteil zur letzten am Kurfürstendam, die noch einen intimen Kammercharakter hatte, auf die große Bühnenschau, auf das Prunk- und Paradestück, auf den Reuecharakter, kurzum auf Massen hypnotisierende Mischung von Gardentanz, mustaltischer Entzückung, Ausstattungszauber und tonangebenden Massen eingestellt. An Stelle der einen Kunst sind die Künste getreten; mit virtuoser Hand hat Reinhardt seit langem dieses Instrument gespielt, aber es war eins in dem reichen Orchester, das er beherrschte. Jetzt wird es das dominierende sein. Daß Reinhardt sich ihm jetzt überwiegend zuwendet, hängt mit der soziologischen Situation zusammen, die im Theater immer mehr um sich gegriffen hat, der Rücksicht auf die Masseninstinkte des Schauspielpublikums. Der Triumph, den Reinhardt eben mit der gleichen Inszenierung im Adelphi-Theater in London gefeiert hat, wird in Berlin und vielleicht auch woanders fortgesetzt werden. Ob diese Helena freilich die Aufführungsziffer der noch mehr auf Massengehmad eingestellten Charell-Revue „Das weiße Rößli“ erreichen wird, sei dahingestellt. Die „Schöne Helena“ ist auch in der jetzigen Form noch kein „Weißer-Rößli“-Erfolg, und Offenbach ist trotz aller Gewaltturen, die man mit ihm angestellt, immer noch am Leben.

Notieren wir schnell, was an dieser „Helena“ neu und in London bereits erprobt ist. Es ist ein neuer dritter Akt hinzugefügt, der zehn Jahre nach der Entführung Helenas in und vor Troja spielt. Es gibt eine fabelhaft aufgemachte Boudoirszene, in der das Schicksal der Liebe von einst gezeigt wird; vor allem aber wird ein Kampf der trojanischen und griechischen Heere in Form eines malerisch bewegten Tanzes vorgeführt, der mit einem Zweikampf von Paris und Menelaus und der siegreichen Heimkehr des Menelaus und der Helena endet. E. W. Korngold hat die gesammelten Werke Offenbachs geplündert, um die Musik zu diesem Akt zu schaffen und zu adaptieren. Es ist nicht viel dabei herausgekommen, der ganze Akt dient eben nur der großen Schauinszenierung. Das Bacchanal im zweiten Akt wird nun gleichfalls in größten Ausmaße gefeiert und nimmt nun einen wirklich rauschhaften Charakter an. Ein prächtiger Einfall ist die Heimkehr der beschwippten Teilnehmer vom Fest, die wunderbare Einzelbilder auf die Bühne zaubert.

Im übrigen ist die Einrichtung im großen ganzen die alte geblieben, nur daß überall der Rahmen erweitert, die Chöre vergrößert und die Massenspektakel unterfirden sind. Auch die Besetzung ist zum Teil die alte. Jarmila Novotna ist wieder die Helena, vollendet im Gesang und Erscheinung, Gertrud Riemer, der etwas ländliche Schachbir Paris, Friedel Schuster, glänzend in Stimme, ist der beschwippte Drestes. Paul Gray saluert sich als Calchas durch, die beiden Klage werden von den zwei Latabar ganz tänzerisch gegeben, Raul Lange ist ein tollpatschiger Achill und Ballarina als Agamemnon der König der Wölfe. Eine

Ueberraschung bietet Max Hansen als Menelaus: „lein, fein“, wie er sich selber charakterisiert, ein süßer Damenfreund mit etwas Dämmelingeintrag. Das neue Couplet, das er singt, schlägt ein, es sollte noch eine Strophe hinzugefügt werden: So einen Menelaus sah die Geschichte noch nie. Die vielen anderen Namen derer, die sich alle verdient machten, den Bühnenbildner, den Kostümzeichner und den Tanzleiter und was alles sonst in diesem Riesenspektakel mitwirkt, bei Namen zu nennen, verbietet der Platz. Nur mit einer entzückenden jungen Tänzerin Rini Theilade sei eine Ausnahme gemacht. D.

Indische Mimiker.

Theater des Westens.

Die indischen Mimiker und Tänzer, die Uday Shan-Kar zum erstenmal nach Europa führt, machen den Eindruck von frohen und verwöhnten Künstlern. Die Idylle ist das Wichtigste an ihren Darstellungen und Musikaufführungen. Sie spielen Musikstücke, die für die einzelnen Tag- und Nachtzeiten, für kühlen Mondschein und für Sonnenbrand bestimmt sind, aber keine Leidenschaft oder gar Todestrußeligkeit erregen. Ob die Musiker dumpf trommeln, ob sie die Gitarre mit zärtlichen Fingern zupfen, ob sie die klingenden Saiten mit dem Bogen streichen, sie sind stets ernst und fast unbewegt bei ihrem Werte. Sie hüthen sich, das Schwingen der Töne durch starke Gesten zu begleiten. Und es tönt dann alles auch so sanft, als hätten nur gute Geister diese Musik eingegeben. Trotzdem wird auch ein Dämonendrama ausgeführt. Die Musiker registieren einen heiligen Beschwörertext. Der mit schrecklicher Waise besetzte Unhold wirbelt herum. Aber der Böse wird schnell überunden.

Der Darsteller des Gottes, Uday Shan-Kar selbst, ist zwar ein Mann, doch ein ganz weiblicher, wie jener Buddha der Ebenholzstandbilder, der mit hundert Mutterbrüsten dargestellt wird. Reist mit entblößtem Oberkörper, mit geschminkten Brustwarzen, mit flatternden Ohrgehängen, mit buntem Steinschmuck über Hals und Schultern geworfen, zeigt er seinen kultreigen, durch den die Anbetung und der Sinnenrausch ausgedrückt werden. Das Gesicht spielt dabei die geringste Rolle. Das Wichtigste sind die berechneten Arme und Hände und die Hüften. Der männliche Mimiker unterscheidet sich da kaum von den Mädchen. Die Mädchen röteten die Innenflächen ihrer Hände mit gelbem Henna. Dadurch verraten sie ihre Bestimmung zum Sinnengenuß. Durch die Erschütterungen der Schoß- und Schenkelgegenden drücken sie besonders das Sinnbildliche ihres Geschlechts aus.

Prachtvolle Exotentypen sind in der Truppe, gebrechliche Mädchen mit stillen Blumengesichtern, und musizierende Burschen und sogar ein rührender Greis, und sie alle sind der seltsamsten Instrumente Herr. Ihre Finger sind wulstig, doch außerordentlich nervös. Sogar mit den Handbällen locken sie aus den abgestimmten Hölzern die seltsamsten Töne hervor. Am merkwürdigsten aber wirkt immer wieder ihr Führer, das mimische Wesen, das sich nicht scheut, die Blüten einer Natur zu offenbaren, die dem irdisch Defizienten ebenso nahe ist wie dem überirdisch Erhabenen. M. H.

Die Singakademie in Rom. Das zweite und dritte Konzert der Berliner Singakademie im römischen Augusteum hat in der gesamten italienischen Presse verdiente Anerkennung gefunden. Das Händelische Oratorium „Seras in Aegypten“ erlebte einen Beifall, wie er im Augusteum sehr selten ist.

Verdi und sein „Falstaff“.

Lindenoper.

Wenn es auch einzigartiger Erfahrung, reifster Weisheit und selbstsicherster Ruhe am Ende eines langen Meisterdaseins bedürfte, um solch eine Partitur entstehen zu lassen (eine Musik, der die köstliche Frucht letzter Erkenntnis Heiterkeit heißt, ein unbekümmertes mit Löhnen über alle Dinge Tanzen) — der Gedanke, daß dieses Werk ein nahezu achtzigjähriger schrieb, ist immer wieder befremdend und erschütternd zugleich. So viel vitale Kraft, so viel feuriger Eifer, ja, so viel Jugend ist darin, trotz allen resignierten Humors, trotz aller Heftigkeit des Greisenalters, dem die Komödie das Leben besser einfängt, widerspiegelt und verdeutlicht als die Tragödie, der bisher alle Arbeit Verdis gegolten hatte. Sein Lebensgefühl, seine künstlerischen Grundpositionen waren zweifelsohne tragische Natur: man spürt es in allen Jugendwerten, die wir voll Staunen und Beglückung ob ihrer wahrhaft vulkanischen Gewalt eins nach dem anderen wieder ausgraben (das schwächste unter ihnen, wie die „Räuber“ etwa, ist immer noch voll Kraft und Herrlichkeit), man spürt es in jeder seiner späteren Arbeiten von „Rigoletto“ bis „Otello“. Hier aber, im „Falstaff“, dem Werk eines neuen, noch italienischen im besten Sinn und doch schon europäischen Buffofüßlers, schimmert das Tragische nur als eine Farbe mehr im Spektrum der eingefangenen Lebenstotalität, bleibt es kaum errotbar in der Tiefe eines Spiels, das sich dem farbenprägenden Glück der Oberfläche verschrieb, der unweisen Weisheit eines lachenden Philosophen. Gibt es noch Narren, die sich einbilden, hier wäre Shakespeare verbalhört und entstellt?

Wenn die von Kroll übernommene Aufführung der Lindenoper keine Vollkommenheit zu erreichen vermochte, lag es nicht an Klemperer, der vom ersten Niederschlag an faszinierte und beglückte, lag es zum Teil an der Inszenierung, den anscheinbaren Bildern Theo Ottos (das erste und letzte seien ausgenommen), an der oft nur durchschnittlichen, zu wenig aufgelockerten Spielleitung Hinrichs, zum größeren Teil aber an dem enttäuschenden Frauenensemble. Die Männer waren alle ausgezeichnet: vor allen anderen Fritz Krenn in majestätischer Leibes- und Stimmfülle, in jeder Bewegung ein Falstaff wie er im Buch steht, ein aufgelaufener schlechter Kerl, der alle Vöcher gegen sich und doch wieder auf seiner Seite hat; prächtig auch Domgraf-Fahbaender, Kullman, Laustötter, sowie das edle Diener- und Halunkenpaar, von Waldemar Henke und Martin Abendroth trefflich gefungen und gemimt. Leider erfüllte Käthe Heidersbach nur allzu wenig Verdis kategorische Forderungen, der von einer Alice eine leichte Stimme verlangt und eine Schauspielerin, die in allen Intrigen führt und den Teufel im Leib hat... Auch Else Ruzicka und Margarete Arndt-Dber waren nur mittelmäßig; erfreulich Susanne Fischer's reine, kultivierte Stimme, ihre leichte und köstliche Höhe. Die Ensembles waren ungleich, das letzte Finale allerdings ein Klemperer zu dankendes Wunder.

Am keinen Zweifel aufkommen zu lassen: die vom Publikum mit lebhaftem Beifall ausgenommene Aufführung ist weit über Mittelmaß und durchaus sehenswert; alle Kritik resultiert lediglich aus dem Bedauern, daß hier eine Vollkommenheit nicht erreicht wurde, zu der so viele Ansätze vorhanden sind. Arnold Walter.

11. Kreis. Mittwoch, 20. April, 1934, Fraktionsführung
Zimmer 144 Neues Rathaus.

Sprechchor für proletarische Feiertunden. Die Übungsstunde muß in dieser Woche ausfallen. Nächste Übungsstunde Donnerstag, 28. April.

Wetter für Berlin: Teils heiter, teils wolkig, mit ansteigenden Tagestemperaturen. Winde aus südlichen Richtungen. — Für Deutschland: Im Osten beständiges und ziemlich heiteres Wetter, auch im Süden Besserung. Weiter nach Nordwesten zu wolkiger und trichweise Regen. Allgemein etwas wärmer.

Das neue Buch

Drei Hindenburg-Biographien

Die Reichspräsidentenwahl hat die Betanlassung gegeben, daß die Gestalt Paul von Hindenburgs in drei Büchern erneut geschildert wird. Während die Biographie aus der Feder des Generalleutnants Horst von Rehs (in der Sammlung „Männer und Mächte“, R. Kittler Verlag, Leipzig, erschienen) von einer eindeutigen Haltung gegen das „November-System“ getragen ist, bemüht sich Gert von Hindenburg — ein Neffe des Reichspräsidenten — in seiner Darstellung (im Verlag von Hesse u. Becker, Leipzig, erschienen) um Verständnis der republikanischen Wirklichkeit. Besonders auffallend sind einige Sätze gegen Hugenberg und den Stahlhelm, die hier registriert seien: „Seit die Deutschnationalen nicht mehr in der Regierung sind, haben sie es leicht, Opposition zu treiben. An verantwortlicher Stelle wären auch sie gezwungen, eine andere Sprache zu führen... Selbst der Stahlhelm, dessen Ehrenvorsitz Hindenburg immer noch nicht (!) niedergelegt hat, steht im Lager Hugenbergs... Seinem Eid getreu wird er (Hindenburg) die Verfassung auch gegen seine ehemaligen Freunde schützen.“ Der amerikanische Journalist T. R. Fbarra schildert in seiner Arbeit (Kurt Wolff, Verlag Berlin) das Leben Hindenburgs als ein Leben eiserner Pflichtenfüllung, ein Leben, das den Dienst an der Nation höher stellt als die Ergebnisse für ein Herrscherhaus. Betrachtet man einmal in unserer „schlichten“ Gegenwart die Gestalt Hindenburgs nicht ausschließlich von der politischen Seite aus, so wird man der schlichten Selbstüberwindung dieses alten Mannes ethische Größe auch dann zusprechen müssen, wenn man sich über den konservativen Grundcharakter seiner Person keinen Täuschungen hingibt. J. P. M.

Rundfunk am Abend

Mittwoch, den 20. April.

Berlin.

18.05 Die Polizei hilft regeln. Hörbericht aus dem Institut für Technik und Verkehr. (Am Mikrophon: Walter Stöling.)
18.25 Wolfgang Weyrauch liest eigene Prosa.
18.45 Unterhaltungsmusik.

18.00 Prof. Dr. Georg Klemperer: Ernst von Leyden.
18.15 Dipl.-Ing. Harry Wustrau: Praktische Winke zu Beginn des Segelsports.
18.30 Robert Dime: Die kulturelle Not der Großstädter.
18.55 Die Funkstunde teilt mit...
19.00 Stimme zum Tag.
19.10 Märche.
20.00 „Spannung um jeden Preis“, oder „Wie man einen Kriminalroman zu lesen hat“, von Hans Reimann. Musik: Walter Goehr.
21.10 Tages- und Sportnachrichten.
21.20 Streichtrio. Simon Goldberg, Violine; Paul Hindemith, Bratsche; Emanuel Feuermann, Cello. 1. Schubert: Trio B-dur. 2. Beethoven: Trio a-moll, op. Nr. 3.
22.10 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
22.20 Frankfurt: Zeitberichte. Tanzmusik.

Königswusterhausen.

16.00 Dr. Hans Wenke: Aus der Dichtung der Gegenwart.
16.30 Hamburg: Konzert.
17.30 Prof. Zörner: Welche Siederstellen sind heute rentabel?
18.00 Das Orchester und seine Instrumente. (Robert Herfried und Mitw.)
18.30 Prof. Kurt Krause: Pflanzengesellschaften unserer Heimat.
18.55 Wetter für die Landwirtschaft.
19.00 Prof. Dr. A. Müller: Verbraucher und Wirtschaftskrise.
19.30 Königsberg: Alte und neue Tänze.
21.00 Tages- und Sportnachrichten.
21.15 Prof. Dr. Wietzold: Goethe und die bildende Kunst.

Verantwortl. für die Redaktion: Rich. Beustein, Berlin; Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlag: Bornhörs Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Eidenstr. 4. Hierzu 1 Beilage.

PLAZA
Kino Schaublitz
5. u. 8. Uhr, 10. u. 11. Uhr
Tel. 17 Weichsel 4031
Der Vogelwandler

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Mittwoch, 20. April
Fernus 11

Staats Theater
Mittwoch, den 20. April
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr

Deutsches Theater
8 Uhr
Vor Sonnenuntergang
v. Gerh. Hauptmann
Regie Max Reinhardt

Die Bürgschaft
Reinmar, Rode, Müller,
Eisinger, Gumbert, Karol,
Gonszar
Anfang 19.30 Uhr
Ende gegen 23 Uhr

Der Troubadour
Schiller-Theater
Charlottenburg.
20 Uhr
Die endlose Straße
Cyrano von Bergerac

HAUS VATERLAND
Das P
Ergebnungs-
Restaurant
Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Berichtigung!
Die Beerdigung des Kollegen
Max Starzynski
findet am Donnerstag, dem 21. April,
15 Uhr, von der Leichenhalle des Pina-
richthaus (nicht Bismarckplatz)
in Hohenschönhausen aus statt.
Die Orchesterleitung.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen

Autobereifung * Wilhelm Grabs
Vertrieb in- und ausländischer Reifen
Autoreifen- und Schlauch-Reparatur-
Werkstätte / Autozubehör
Berlin SW 48, Friedrichstr. 249
Nabe Belle-Alliance-Platz - Tel. F 5 Bergmann 4736

Groß - Destillation
August Schulz
Dresdener Straße 155
Kottbuser Tor

Bequem, praktisch, sauber, billig
sind für Massen-Verpflegung unsere tischfertigen, gebrauchten
Fischfilets und Koteletts
welche in jeder gewünschten heiß in Thermoskisten in die Aus-
größe und zu jeder Tageszeit gabestelt - geliefert werden
Langjähriger Lieferant Berliner Anstalten, Kantinen, Krankenhäuser
BERLINER BRATFISCHVERSORGUNG
HUGO KUNBERGER, Berlin N 20, Wriezener Straße 28
Tel. D 4, Humboldt 4574

Neu! Chamotte-Kachelöfen
in farbiger Glasur, 35 cm breit, 35 cm
tief, 135 cm hoch, mit Rostfeuerung
nur 62,40 RM.
sind zu haben bei der
Berliner Töpferhütte G. m. b. H.
Berlin SO. 36, Schlesiensstr. 42
Fernsprecher Amt F. 8, Oberbaum 0319
Fliesenarbeit — Baukeramik

Böttcher-Walzen
sind die besten!

Verlange in
Harzkäse
„Garboizumer ist das Beste!“
„M. S. tadellos!“

Ernst Schüler
Berlin SW, Lindenstr. 11/12
Elektrische Anlagen jeder Art
auch in 10 Monatsraten.

Golz & Bartz
Metallwarenfabrik
Badewannen
Spültische
NO 18, Pallasadenstraße 83

Franz Schönherz
Bln.-Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 241
Nähe Hermannplatz
Bandagen — Gummistrümpfe
Spezialist für Senkfußeinlagen
Lieferant für Krankenkassen und Behörden

Bandagen - Müller
Prinzenstraße 41, am Moritzplatz
Bruchbänder — Leibbinden
Künstliche Glieder, Gummistrümpfe, Plattfußeinlagen
Eigene Werkstatt
Lieferant für sämtliche Krankenkassen

Ringfreie Tapetenfabrik
Hermann Meißner
S 14, Hauptgeschäft u. Zentrale: Alte Jakobstr. 81/82
Berliner Filialen:
W 9, Potsdamer Str. 32a (Ede Bülowstraße)
O 27, Blumenstr. 1 (Ede Alexanderstraße)
S 59, Rottbuhler Damm 39/40 (am Hermannplatz)
NW 21, Turmstraße 31
N 58, Schönhauser Allee 122 (a. Städt. u. Hoch-Riedring)
N 20, Hebel 17 (am Bahnhof Gesundbrunnen)
Charlottenburg 5, Schöpfer 33/31 (am Sophie-Charlotte-Platz)
Lichtenberg, Frankfurter Allee 31
Potsdam (Brandenburg) Ede Wallenstraße
Fabrik in Rüdersdorf, Kreis Niederbarnim.

TACO Kraftfahrzeugwerkstätten G. m. b. H.
Charlottenb., Schloßstr. 69, Wilh. 9223/24
Reparaturen sämtlicher Systeme
Filiale
TACO-AUTO-DIENST
Carl Tauffenbach
Bln. NW 6, Luisenstr. 31a, Weidm. 3933
Bereifung / Autozubehör
Groß-Dampf-Vulkanisieranstalt

Carl Pietsch Inhaber:
Gustav Sauer
Haus- u. Küchengeräte — Werkzeuge
SW 68, Lindenstraße 107 :: Tel.: Dönhoff 3070

Robert Pommerening
Kartoffelhandlung
Heidestraße 30
Tel.: C. 6, Moabit 3829 u. 7770

EBI
Leberwurst
preiswert
nahrhaft

R. Blume G. m. b. H.
Bronze-Bau / Eisen-Bau
Charlottenburg

Frisier-Salon
für Damen und Herren
Gute Bedienung
Solide Preise
Stadthof Kreuzberg, Baerwaldstr. 64-65

W. Ollendorf
Obst, Gemüse en gros
Dirckjenstr. 18-19
Weidendamm 92 6032

Klischees
Galvanoplastische Werkstätten
K.-G. Baum & Co.
SW 68, Alie Jakobstraße 144
Telephon: Dönhoff 890 — 891

Georg Rinneberg
Berlin-Steglitz Fernspr. G 9 Albrecht 3805 Beymestr. 3
Dieselmotoren - Treiböl — Dieselmotoren - Zylinderöl
Braunkohlenteeröl / Paraffinöl / Gasöl / Waschpetroleum
Heizöl / Braunkohlenteer-Benzin / Brau- Kohlenteer-
Pech/Rohes u. gebleichtes Monanwachs Marke „Riebeck“
Paraffin — Riebeck-Kerzen

Neander-Bad Kurbad Ostend
Neanderstraße 12
Tägl. geöffnet / Boxhagener Str. 17

Julius Ehl
Aufzüge
Reparaturen
Neulieferungen
Bin.-Wilmsdorf, Tübinger Str. 2 / Tel.: Pfalzburg 1433

„Vorwärts“-Leser, kauft bei unseren Inserenten!

Wollt ihr das wiederhaben?

Dann wählt Nationalsozialisten!

Hellmut von Gerlach:

Da waren . . .

Im Vorkriegspreußen saßen die Hohenzollern auf dem Thron, aber regiert wurde von den Junkern. „Gebaut wird er doch“ rief Wilhelm II. Aber der Mittellandkanal wurde nicht gebaut, weil die Konservativen ihn nicht wollten. Die „kleine, aber mächtige“ Partei war nicht nur mächtiger als das ganze übrige Volk, sondern sogar als ihr geliebter Monarch. „Jochimke, Jochimke, hüte dich!“ hatten die alten märkischen Raubritter ihrem Kurfürsten zugerufen. Leitmotiv ihrer Nachkommen war:

Und der König abjault
Wenn er unsern Willen tut.

Die Zahl der Machtpositionen des konservativen Junkertums war unermeßlich groß.

Da waren die Fideikommiss:

Kiefengüter, unerschulbar, unzerkäufbar. Sie waren ausdrücklich geschaffen worden, um den „Glanz des Adels“ aufrechtzuerhalten. In den Händen von tausend Familien befanden sich 6 Prozent preußischen Grund und Bodens, fast 2½ Millionen Hektar. Die tausend Familien besaßen weit mehr Land als die 3½ Millionen Kleinbauern (bis 2 Hektar) zusammen genommen. Es gab 29 Fideikommiss, von denen jedes größer als 10 000 Hektar war. Die Unverkäuflichkeit und Unzerkäufbarkeit bedeutete für gewaltige Gebiete namentlich Ostindiens die Unmöglichkeit jeder inneren Kolonisation.

Da waren die 18 000 Gutsbezirke.

Wer Rittergutsbesitzer war, brauchte sich dem Risiko des Gemeindegewaltrechts nicht auszusetzen. Er war der unumschränkte kommunale Herrscher über alle Bewohner seines Rittergutes. Dazu gehörten in erster Linie seine Gutsarbeiter und Angestellten. Aber es gab auch industrialisierte Gutsbezirke, z. B. in Oberschlesien, wo auf der Fläche eines Rittergutes Hunderte, ja Tausende von Menschen wohnten, die gar keine wirtschaftliche Beziehung zum Gutsbesitzer hatten. Trotzdem entbehrten sie alle des Gemeindegewaltrechts, waren lediglich Objekte der Verwaltungstätigkeit des feudalen Herrn Gutsbesitzers. Stand der Gutsbesitzer einmal ausnahmsweise links, wie der bekannte Becker-Bartmannshagen in Borspommern, so wurde er seines Gutsbesitzeramtes enthoben und bekam auf seine Kosten einen konservativen Erbsmann gestellt.

Da waren die Patronatsrechte.

Viele Tausende von Rittergutsbesitzern waren zugleich Kirchenpatron, d. h. sie beriefen die Geistlichen in die Kirchen ihres Dorfes oder von Nachbarörtern. Das bedeutete einen überragenden Einfluß auf die Geistlichkeit und damit indirekt auf die ganze Landbevölkerung. Konservativ war identisch mit orthodox. Die konservativen Rittergutsbesitzer duldeten als Patrone keinen liberalen Geistlichen. Welcher erhabene Gesichtspunkte bei der Berufung der Geistlichen nebenbei manchmal geltend gemacht wurden, sah ich bei dem Gutsnachbarn meines Vaters, einem Baron v. Beust. Als Kirchenpatron von Herrmannsdorff stellte er grundsätzlich keinen Geistlichen an, der nicht perfekter und passionierter Statistiker war.

Da war der „König Landrat“.

In ganz Ostpreußen fand man nicht einen Landrat, der nicht konservativ gewesen wäre, und selten einen, der nicht adlig war. Nur westlich der Elbe wurden auch einzelne Nationalliberale als Konzeptionschützen zugelassen. Aber einen freisinnigen Landrat gab es in Preußen überhaupt nicht. Das wäre auch ein Widerspruch in sich gewesen. Denn der Landrat war im Hauptamt konservativer Wahlmänner. Die Karriere des Landrats hing in erster Linie von seinen Wahlerfolgen ab. Vor jeder Wahl mußte der Landrat dem Minister des Innern einen Bericht über die für seinen Kreis in Betracht kommenden Kandidaten einreichen. Der Minister teilte ihm dann mit, welcher Kandidat der Regierung am genehmsten sei. Für seinen Sieg mußte der Landrat seinen ganzen amtlichen Einfluß einsetzen. Erwies er sich als besonders geschickter Wahlmänner, so hatte er die besten Aussichten, die höchsten Sprossen der Verwaltungselite zu erklimmen.

Da war der Herr Amtsvorsteher.

Fast ausnahmslos war er der schneidigste Rittergutsbesitzer des Bezirks. Ihm stand die Polizei auf dem Lande zu. Er hatte die Aufgabe, die politische Agitation der Opposition lahm zu legen, insbesondere Versammlungen der Linken zu verhindern. Er führte sich ein Gastwirt, einem freisinnigen oder gar sozialdemokratischen Redner seinen Saal zur Verfügung zu stellen, so wurde er unter die Lupe genommen. Der Gendarm hatte allabendlich herumzuspionieren, ob die Polizeistunde nicht um 5 Minuten überschritten wurde. Bei festlichen Holzverkäufungen durften in dieser Wirtschaft nicht mehr stattfinden, die Kontrollversammlungen natürlich erst recht nicht. Vor allem aber: Es gab keine Tanzveranstaltungen, auf Jahre hinaus nicht! Die Haupteinnahmequellen wurden dem Mann so lange unterbunden, bis er müde war und dem Amtsvorsteher politische Besserung gelobte. War er aber gar nicht kirchlich zu kriegen, so wurde sein Saal aus feuerpolizeilichen Gründen ein für alle Mal für öffentliche Versammlungen gesperrt.

Der ganze preußische Verwaltungsapparat stand dem konservativen Adel zur Verfügung. Ebenso das Heer. Ebenso die Diplomatie.

Die angehehenjten Regimenter

In den angenehmen Garnisonen waren ein Reserveoffizier in das preußische Offizierkorps Aufnahme, kein Bürgerlicher in eine bestimmte Zahl von Kavallerie- und Garderegimentern. Fast jedes Jahr wurde das im Reichstoge kritisiert. Aber alles blieb, wie es war. Die Vorrechte der Adelsklasse waren unantastbar. Jeder Kriegsminister blamierte sich lieber mit seinen faulen Ausreden vor dem Reichstag, als daß er das Adelsparadies der feudalen Regimenter einem gewöhnlichen Sterblichen geöffnet hätte. Müller und Schulze konnten militärische Genies sein, ehe sie nicht v. Müller oder v. Schulze geworden waren, hätte keine Macht der Erde sie in das I. Garderegiment zu Fuß hineinbringen können.

In der Diplomatie

gab es eine Anzahl von Posten, die viel Wissen und Arbeit verlangten, namentlich im Innendienst des Auswärtigen Amtes. Sie waren zumeist mit Bürgerlichen besetzt, ebenso wie die technischen Truppen des Heeres ganz überwiegend bürgerliche Offiziere aufwiesen. Aber die wichtigsten Posten des Auslandsdienstes waren Monopol des Adels. Der Adel allein genügte noch kaum, wenn es nicht gerade Hochadel war. Hinzu kommen mußte eine gewisse Sublimierung des Adels, wie sie die Vorbildung in den feudalistischen Korps, bei den Bonner Borussia, den Heidelberger Saxoborussen zuwege brachte. Diese Vorbildung bestand natürlich nicht etwa in dem Besuch akademischer Vorlesungen. Fachwissen wurde als Ballast angesehen, als Kleinbürgerliches Borurteil. Worauf es ankam, das war repräsentieren, mit Eleganz Geld ausgeben, sich tabellos anziehen, gesellschaftliche Talente entwickeln. Vor allem aber: Beziehungen mußte man haben! Die bekam man, wenn man zum „Weißen Ring“ der feinsten Korps gehörte. Da brauchte einem um die Zukunft nicht bange zu sein. Man hatte alle Anwartschaft, seine Tage als Botschafter a. D. beschließen zu können.

Wie eine Kette hing der preußische Adel zusammen: Großgrundbesitz, Verwaltung, Offizierkorps, Diplomatie. Diese Kette schlug das ganze übrige Volk in Banden.

Wenn ein Großgrundbesitzer drei Söhne hatte, so pflegten im Familienrat Erwägungen etwa folgender Art angestellt zu werden: Udo ist entschieden der begabteste von den Jungens. Der muß Jura studieren und Landrat oder Diplomat werden. Bodo wird es wohl bis zum Primaner bringen, dann kann er Offizier werden. Der Gustav — na, der wird hoffentlich noch gerade zum Einjährigen gepreßt werden können. Dann muß er eben die Klischee übernehmen.

Das Minimum von Begabung

wurde immer noch für ausreichend zur Verwaltung eines großen Gutes erachtet. Wozu hatte man denn seine Inspektoren? Und wozu vor allem Väterchen Staat? Auf den schimpfte man zwar

immer. Aber zum Auspucken von Zöllen und Liebesgaben war er gerade noch gut genug. Die Zuckerprämien brachten jährlich 30 Millionen ein, die Branntweinliebesgabe 45 Millionen, dazu die Getreidezölle — damit konnte man sich halten, auch wenn man die Landwirtschaft nur als Nebenbetrieb ansah neben der wahrhaft standesgemäßen und dabei unterhaltamen Jagd. Zumal man sich mit Steuerzahlen nicht sehr abzuquälen brauchte. Wußte man nicht, daß z. B. der Graf Tschirschky-Renard sich zwar das kostspielige Vergnügen einer Einladung an den Kaiser leistete, trotzdem aber keinen Pfennig Einkommensteuer zahlen konnte? Nach Abzug aller notwendigen Ausgaben für Schloß und Park und Jagd und Wein und Reitpferde und Gouvernanten und Diener hatte man eben tatsächlich nichts mehr zum Bersteuern übrig, wahrhaftig nicht. Aber der Landrat als Vorsitzender der Einkommensteuer-Einschätzungskommission konnte am Ende die Einkommensteuer-Erklärung beanstanden? Wie denn, der Landrat, unser Standesgenosse und ständiger Jagdgast! Er wird schon nicht, denn wenn . . . er weiß doch: wenn das Wort eines Edelmannes angezweifelt wird, das kann nur mit Blut abgewaschen werden.

Das Duell war ein untrennbarer Bestandteil des Adelsstaates.

Barnhagen von Ense, selbst adlig und preußischer Geheimrat dazu, aber ein liberaler Mann, macht einmal in seinem Tagebuch seinem gepreßten Herzen Luft:

„Der Adels- und Militärdünkel ist unser Gedrechen. Wie sich diese glatten Burtschen blähen, diese Gardeoffiziere, Grafen und Freiberren! Alles Herz ist aus ihnen gewichen, aller Sinn, alle Ehrlichkeit, und selbst mit der Tapferkeit steht es bei vielen schlecht. Hinter der Prahlerei steckt blutmenig, oft geradezu die bare Schande. Diese Kasse muß vertilgt werden.“

Soweit wie Barnhagen von Ense braucht man nicht zu gehen.

Aber daß es erst die Republik war.

die den Fideikommissen, den Gutsbezirken, dem Terror und den Tricks der Landräte und Amtsvorsteher, dem Herrenhause, der Gesindeordnung, der Dreiklassenwahl und all den anderen Pfeilern der Junkerherrschaft ein Ende gemacht hat, das sollte der preußische Wähler nicht vergessen.

Noch viel bleibt zu tun übrig, um die Reste der Feudalherrschaft auf dem Lande zu zertrümmern. Die Junker aber hoffen auf die Nazis, um mit ihrer Hilfe ihre alte Macht wiederherzustellen.

Vorwärts oder rückwärts?

Das ist die Frage, über die am 24. April abgestimmt wird.

Jonathan:

Hoch das freie Preußen!

Die Junker, die Barone,
Sie haben einst regiert.
Befohlen hat die Krone,
Das Volk hat stumm pariert.
Das Herrenhaus war Schellendaus,
Und die Dreiklassenwahl . . .
Jawoll, das gab's einmal!
Jawoll, das gab's einmal!

Und nun gibt es das nicht mehr,
Und nun soll es wieder her.
Das sagt — wer?
Das sagt — wer?

Die Junker, die Barone,
Die Prinzen ohne Krone,
Das ganze Hofgeschmeiß,
Das Hitler-Pack am Steiß!
Sie woll'n das alte Preußen.
Wir werden euch was
Scheitern, ja scheitern wird der saub're Plan!
An unser Preußen kommen sie nicht ran!

Streikpostensteh'n — verboten!
Der Landarbeiter — Knecht!
Und vogelfrei die Roten,
Das war das alte Recht.
Vor dem Gendarm stand jeder stramm,
Der Landrat, der befahl.
Jawoll, das war einmal!
Jawoll, das war einmal!

Und nun gibt es das nicht mehr,
Und nun soll es wieder her.
Das sagt — wer?

Das sagt — wer?

Die Junker, die Barone,
Die Prinzen ohne Krone,
Das ganze Hofgeschmeiß,
Das Hitler-Pack am Steiß!
Sie woll'n das alte Preußen.
Wir werden euch was

Scheitern, ja scheitern wird der saub're Plan!
An unser Preußen kommen sie nicht ran.

Wir sind nun mündig worden,
Den Junker das verdrießt.
Er will den Staat, wo Orden
Und Gaben er genießt.
Für uns die Fron, für ihn den Lohn,
Die Kette dann uns Bein!
Nein, niemals soll das sein!
Nein, niemals soll das sein!

Nein, das gibt es nimmermehr,
Das soll niemals wieder her!
Das sagt — wer?
Das sagt — wer?

Das sagen wir Proleten,
Scharwerker wir, Kossäten,
Das Volk, das ihr gezockt,
Geschunden und geplackt.
Wir schützen unser Preußen,
Wir werden euch was
Scheitern, ja scheitern wird der Junkerplan!
An unser Preußen kommen sie nicht ran.

Biographie in zwei Sätzen

Als Adolf Hitler seine braune Armee ins Leben rief, begrüßten sie gewisse Teile des deutschen Volkes entzückt mit dem besonders in Süddeutschland beliebten Ausruf: „braun—au!“ Als Adolf Legalität jetzt aber Regierungsrat ausgerechnet in Braunschweig wurde, riefen noch größere Teile des deutschen Volkes seiner braunen Armee zu: „Jetzt aber endlich — braun—schweig!“ . . .

